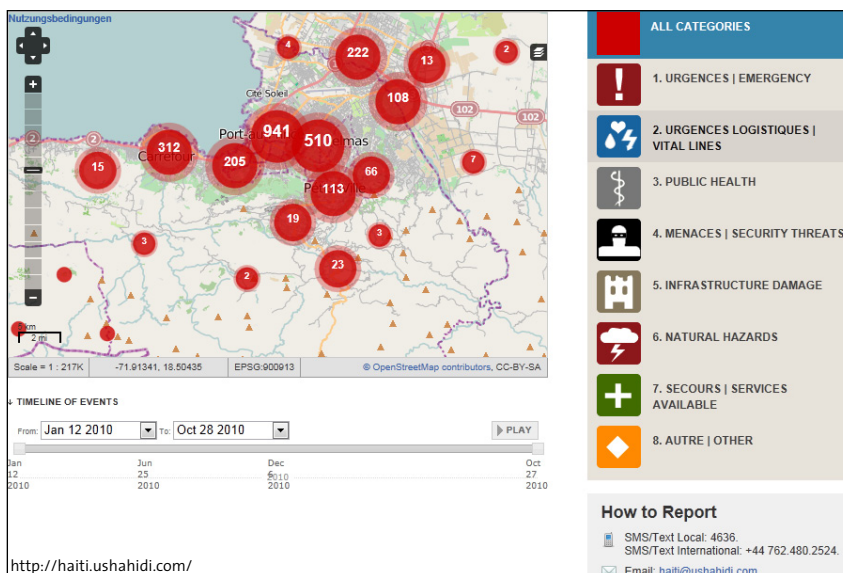


KRISENKARTOGRAPHIE: PHÄNOMEN UND NUTZEN

Das Erdbeben in Haiti im Jahr 2010 machte international Schlagzeilen. Weniger bekannt ist die wichtige Rolle, die das *Crisis Mapping* bei der Bewältigung dieser Katastrophe spielte. Freiwillige und Betroffene sammelten Informationen, kombinierten sie mit Satellitenaufnahmen und schufen so eine dynamische Krisenkarte mit hohem Nutzen. Staatliche Akteure sollten dieses neue Phänomen analysieren, um besser zu verstehen, wie es am besten eingesetzt und seine Anwendung begünstigt werden kann.



Die Krisenkarte zum Erdbeben in Haiti 2010 rettete Leben und steigerte die Effizienz der Rettungsarbeiten.

Wir leben in einer informationsgesättigten Welt. Neue Kommunikationswerkzeuge, die schnellen Zugang zu E-Mail, Blogs und sozialen Netzwerken wie Twitter, YouTube oder Facebook gewähren, sind weit verbreitet. Sie bieten der Öffentlichkeit neben den traditionellen Medien zusätzliche Kanäle, um Informationen zu teilen. Auch in Krisen werden diese neuen Mittel zunehmend genutzt. Immer mehr Personen nehmen dadurch unmittelbar an der Krisenkommunikation teil. Dies hat auch eine politische Dimension. Mehr denn je wird Regierungshandeln unmittelbar und öffentlich hinterfragt oder legitimiert, was sich auf die Krise selbst auswirken kann.

An der Schnittstelle zwischen neuen technologischen Möglichkeiten, zivilge-

sellschaftlichem Aktivismus und der Verfügbarkeit von räumlich-geographischen Daten ist die Krisenkartographie (*Crisis Mapping*) entstanden. Dabei werden Angaben aus unterschiedlichsten Quellen meistens von Freiwilligen gesammelt, verifiziert, aggregiert und mithilfe öffentlich zugänglicher Satellitenaufnahmen und Kartographie-Plattformen visualisiert. Nach dem Erdbeben und dem Tsunami in Japan im März 2011 wurde beispielsweise von *Georepublic Japan* und der *OpenStreet-Map Foundation Japan* eine Krisenkarte aufgeschaltet. Diese publizierte in Echtzeit Nachrichten und offizielle Verlautbarungen und visualisierte zusätzlich Informationen über Evakuierungszentren, Schäden und Hilfsersuchen, die via SMS und Internetdienste gemeldet worden waren.

Eine differenzierte Sichtweise, die Krisenkartographie einerseits als Phänomen und andererseits als Instrument auffasst, erleichtert es, deren Vorteile, Grenzen und gesellschaftliche Auswirkungen besser zu verstehen. Als Bottom-up-Phänomen bringt die Krisenkartographie ein bestimmtes soziales Verhalten zum Ausdruck, das Erkenntnisse zum Aufbau kommunaler Resilienz ermöglicht. Als Instrument kann die Krisenkartographie ein nützliches Element der Krisenmanagement-Werkzeuge darstellen. Sie dient dazu, Informationen zu sammeln, die Krisenreaktion zu planen und die Krisenkommunikation zu unterstützen. Staatliche Stellen können sie als ergänzendes, dynamisches und günstiges Mittel einsetzen, um zu kommunizieren und um die Krisendynamik während und nach einer Katastrophe zu analysieren.

Bisher wurden *Crisis Mapping*-Projekte meist von nichtstaatlichen Akteuren organisiert. Regierungen spielten eine untergeordnete Rolle. Dies steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass staatliche Akteure oft zögernd bis abwehrend auf die Veränderungen der Medienvielfalt reagiert haben. Aus ihrer Sicht stellen die neuen Medienwerkzeuge die traditionelle Informationshoheit der Behörden teilweise in Frage. Zudem ist ihr Einsatz oft mit Forderungen nach verstärkter Transparenz und einem verbesserten Informationszugang verbunden. Auch Kritik an Behörden wird häufig auf solchen Plattformen geäußert. Gleichzeitig erkennen Regierungen aber zunehmend den Nutzen und das Potenzial von Krisenkarten und beteiligen sich an deren


Entstehung. Auch die mögliche Rolle des Staates wird deshalb nach einer Analyse der Krisenkartographie als Phänomen und als Instrument diskutiert.

**Das Phänomen:
Ausdruck von Resilienz**

Unter welchen Umständen entstehen Krisenkarten? Krisen sind zunehmend komplex. Sie haben unvorhergesehene und unverhältnismässige Auswirkungen, involvieren zahlreiche Akteure und entfalten sich unterschiedlich schnell. Oft stellen Krisen die Fähigkeit von Staaten, ihre Bürger zu schützen, auf die Probe, indem sie grössere und andere Schäden anrichten als erwartet und das Leistungsvermögen der Krisenreaktionskräfte übersteigen. Verschärfend kommt hinzu, dass die Öffentlichkeit das Verhalten einer Regierung in Krisensituationen genau beobachtet.

Der Einsatz von neuen Kommunikationsmitteln wird in Krisensituationen immer selbstverständlicher. Dies hat zwei Auswirkungen: Einerseits machen die neuen, interaktiven Kommunikationskanäle Krisen noch komplexer. Andererseits bieten sie auch Möglichkeiten, um die hohe Komplexität in den Griff zu bekommen. Die Krisenkartographie illustriert dies. Sie nutzt das Bedürfnis der Betroffenen, sich in Krisensituationen mitzuteilen. Anstatt diese Informationen nutzlos verpuffen zu lassen, werden sie aggregiert und so für die Krisenbewältigung nutzbar gemacht.

Dieses Sammeln von Informationen wird auch als *Crowdsourcing* (kollektive Leistungserbringung) bezeichnet. Der Begriff umschreibt den Prozess, bestimmte Ziele mithilfe von Web-2.0-Technologien durch die Kooperation einer Gemeinschaft zu erreichen. Der Initiator stellt der Gemeinschaft eine Frage. Die Mitglieder der Gemeinschaft machen Lösungsvorschläge. Sie arbeiten dabei autonom oder lose koordiniert. Eine allfällige Entschädigung kann ideell oder materiell erfolgen. Auch die Krisenkartographie setzt *Crowdsourcing* ein, um zur Krisenbewältigung beizutragen. Der Initiator setzt Freiwillige ein, die Informationen von Betroffenen einer Krise beziehen. Die gesammelten Informationen werden ausgewertet und visualisiert und ergeben so ein Lagebild.

Crowdsourcing wird durch die Verfügbarkeit neuer Technologien beflügelt. Aber nicht nur sie, sondern auch das Verhaltensmuster von Menschen in Krisensituationen verdient nähere Betrachtung. Anstatt nur auf die Rettungsdienste zu warten, setzen Betroffene immer häufiger Informationstechnologien ein, um zur Bewältigung der Krise beizutragen. Sie ergreifen die Initiative zur Selbsthilfe. Dieses Verhalten kann die Resilienz einzelner Gruppen und Gemeinschaften, das heisst ihre Fähigkeit, plötzliche Schocks oder Krisen zu ertragen und zu überwinden, direkt beeinflussen (vgl. CSS Analyse Nr. 60 .

**Das Instrument:
Vielfältige Krisenkarten**

Die Krisenkartographie kam bereits 2008 im Zusammenhang mit den Wahlunruhen in Kenia zur Anwendung. Aber erst im Januar 2010, nach dem Erdbeben in Haiti, erlangte die Krisenkartographie und ihr Nutzen breitere internationale Aufmerksamkeit. Damals wurde innert vier Tagen eine Krisenkarte erstellt. Die Karte etablierte eine direkte Verbindung zwischen den Betroffenen und den Rettungsdiensten und trug dazu bei, Nahrungsmittel und Wasser sowie weitere dringend benötigte Ressourcen an die richtigen Orte zu liefern. Es konnten auch nachweislich Personen gerettet werden, deren SMS in die Krisenkarte eingeflossen waren. Sowohl das IKRK als auch das *Office for the Coordination of Humanitarian Affairs* (OCHA) der UNO verwendeten die Krisenkarte. Der Erfolg dieser *Crisis Mapping*-Initiative zeigte das Potenzial dieses Instruments auf. Seit dem Erdbeben in Haiti wird die Krisenkartographie an unterschiedlichsten Orten und in verschiedensten Kontexten eingesetzt (vgl. Tabelle).

Krisenkarten können in Krisen jeder Art entstehen: während Naturkatastrophen, Unfällen, gesellschaftlichen Unruhen oder politischen Konflikten. Je nach dem spezifischen Kontext ihres Entstehens variiert der Zweck der kartographischen Aktivitäten. Initiiert werden sie meist von Einzelpersonen oder zivilgesellschaftliche Organisationen.

Vielfältiger Einsatz der Krisenkartographie					
Fall	Haiti Januar 2010	USA April 2010	Russland Juli – Sept 2010	Japan März 2011	Libyen Frühling / Sommer 2011
URL	http://haiti.ushahidi.com/	http://oilspill.labucketbrigade.org/	http://russian-fires.ru/	http://www.sinsai.info/	http://libyacrisismap.net/
Krise	Erdbeben	Ölpest	Waldbrände	Erdbeben/Tsunami	Politische Krise
Initiator	Einzelpersonen/Organisation	Örtliche Behörde (Louisiana Bucket Brigade, LABB)	Einzelpersonen	Einzelpersonen/Organisation	Internationale Organisation (UN OCHA)
Hauptpartner	Emergency Information Service (EIS), InSTEDD, Ushahidi, Telekomfirmen in Haiti, Tufts University, US-Aussenministerium	Tulane University Disaster Resilience Academy	Russische Blogger	Georepublic Japan; OpenStreetMap Foundation Japan	UNOSAT, NetHope und eine Gemeinschaft freiwilliger Techniker
Zweck der Karte	Über Notstände informieren; öffentliches Gesundheitswesen; Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit; Naturkatastrophen; Dienstleistungen	Überwachung der Auswirkungen und Bewältigung der Ölpest; visuelle Dokumentation der Folgen für Anwohner	Verbindungen schaffen zwischen denen, die Hilfe brauchen und denen, die helfen wollen; Liste von zuständigen Stellen	Berichte und Beobachtungen von Behörden und Privatpersonen; Berichte über Katastrophen; Evakuierungszentren und Hilfeersuchen	Beobachtung des Konflikts (bewaffnete Auseinandersetzungen, Angriffe etc.); Auflistung von Bedürfnissen und Reaktionen; Dokumentierung von massenhaften Vertreibungen
Nutzer der Karte	Rettungsdienste; Diaspora; Medien; Regierungsstellen	Örtliche Interessengruppen (Bürger, Universitäten, Unternehmen etc.); Medien	Örtliche Interessengruppen (Hilfsbedürftige und Hilfeleistende); Medien	Örtliche Interessengruppen; Diaspora; öffentliche und private Akteure; Medien	Rettungsdienste; Diaspora; Medien; Regierungsstellen
Bedeutung der Karte	Prüfstand für die Krisenkartographie; verbesserte Karten Haitis; Bezugspunkt für Katastrophenhelfer	Schuf Transparenz und Rechenschaft; Information über Aufräumarbeiten	Erleichterte Hilfslieferungen	Erste Anlaufstelle für Firmen, Regierung, und Organisationen; erhöhte Transparenz	Erhöhte Wahrnehmung der Situation
Rolle der Regierung	Zentraler Partner der Bemühungen (US-Regierung)	Nicht direkt beteiligt, hatte Kenntnis von der Karte; lieferte Informationen	Nicht direkt beteiligt; Gesellschaftliche Kammer Russlands beteiligte sich nach Krisenende	Zunächst nicht beteiligt; beteiligte sich dann durch Lieferung von Berichten	UN OCHA leitete Bemühungen

Diese arbeiten bei der Erstellung häufig mit offiziellen Stellen und privatwirtschaftlichen Organisationen zusammen (z.B. Telekommunikationsunternehmen).

Drei Entwicklungen charakterisieren die Krisenkartographie. Erstens sind die Karten dynamischer geworden und liefern auch Informationen zurück an die Gemeinschaft. Dies wird als *Crowdfearing* bezeichnet: eine horizontale Form der Kommunikation auf der untersten Ebene zum Zweck der schnellen Reaktion vor Ort. Zweitens ist eine zunehmende Institutionalisierung der Krisenkartographie festzustellen. Plattformen wie Ushaidi, welche im Umfeld der *Harvard Humanitarian Initiative* (HHI) entstand, werden bekannter und benutzerfreundlicher. Weiter hat die Organisation *Crisis Mappers* Ende 2010 einen Bereitschaftsdienst etabliert. Technisch versierte Freiwillige unterstützen in diesem Rahmen kartographische Leistungen weltweit. Sie unterstützten beispielsweise das OCHA dabei, Krisenkartographie in der Libyenkrise 2011 einzusetzen. Dies dokumentiert einen dritten Trend: Krisenkartographie wird nicht mehr nur von einzelnen Aktivisten initiiert, sondern zunehmend auch von Regierungsstellen und zwischenstaatlichen Organisationen.

Aktuelle Herausforderungen

Es gibt keine schlüssige Erklärung dafür, weshalb Krisenkarten in einigen Fällen entstehen und in anderen nicht. Dennoch kann man vier entscheidende Faktoren identifizieren, die sich auch auf die Nützlichkeit der Karten auswirken: das Vorhandensein von technischen Kapazitäten, die Bereitschaft zum Teilen von Informationen, die Qualität und die Verlässlichkeit von Daten sowie die Motivation und das Know-how der Kartographen. Damit Menschen Informationen teilen können, benötigen sie nicht nur die erforderlichen technischen Geräte, sondern auch eine funktionierende Kommunikationsinfrastruktur. In Krisen ist diese oft beschädigt oder überlastet, gerade in technisch wenig entwickelten Regionen. Dies kann die Krisenkartographie grundsätzlich behindern und ihre Zuverlässigkeit und ihren Nutzen reduzieren, insbesondere dann, wenn auch die Kommunikationsmöglichkeiten der Katastrophenhelfer vor Ort limitiert sind.

Die Bereitschaft, Informationen zu teilen, ist in verschiedenen Situationen höchst unterschiedlich ausgeprägt. Teilweise begegnen auch Regierungen der Krisenkartographie mit Skepsis und verweigern der

Krisenkartographie in der Schweiz

- ▮ Als Phänomen und Instrument in humanitären Krisensituationen steht die Krisenkartographie bereits auf der Traktandenliste der schweizerischen Regierung: Das EDA ist Co-Organisator und Gastgeber der nächsten internationalen Konferenz [zum Thema Krisenkartographie](#), die im November 2011 in Genf stattfindet.
- ▮ In der Schweiz selber ist bisher keine Krisenkartographie im Sinn der Analyse entstanden.
- ▮ Die geographische Kleinräumigkeit der Schweiz und ihre föderalen Strukturen begünstigen das Krisenmanagement. Je besser das Krisenmanagement, desto weniger sind die Betroffenen auf Selbsthilfe angewiesen, wie sie in der Krisenkartographie zum Ausdruck kommt. Aus diesem Grund ist ein rasches Aufkommen von Krisenkartographie eher unwahrscheinlich.
- ▮ Das Phänomen der Nutzung von neuen Kommunikationsmedien in Krisen betrifft auch die schweizerische Bevölkerung und Regierung. Deshalb sollten Verhaltensmuster und Entscheidungsfindung von Individuen und Gruppen in Krisensituationen im spezifisch schweizerischen Kontext genauer untersucht werden.
- ▮ Um den dynamischen Informationsraum optimal zu nutzen, sollten die in Krisenkommunikation involvierten Bundesbehörden Informationsaustausch nicht als statisch und kontrollierbar auffassen. Bestehende Krisenkommunikationspläne sollten dahingehend überprüft werden, ob sie der Herausforderung der Krisenkartographie gewachsen sind und wie diese optimal für die eigenen Zwecke eingesetzt werden kann.

Bevölkerung den freien und unzensurierten Zugang zu Informationskanälen und Übertragungsmedien. In solchen Fällen kann Angst vor Repressalien die Mitarbeit an kartographischen Projekten behindern, speziell wenn es um politische Themen geht.

Von der Qualität und der Verlässlichkeit der Daten hängt der Nutzen der Krisenkartographie ab. In Konfliktsituationen kann es bereits schwierig sein, an geographische Daten wie hochwertige (meist kommerzielle) Satellitenaufnahmen zu gelangen. Zudem ist in Konfliktsituationen die Gefahr grösser, dass die involvierten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure Informationen gezielt manipulieren.

Die Komplexität von *Crisis Mapping*-Projekten nimmt zu. Die Erstellung solcher Karten erfordert oft einen hohen Koordinationsaufwand und enorme Leistungskapazitäten. An der erwähnten Libyen-Krisenkarte arbeiteten Hunderte von Freiwilligen mit verschiedenen Partnerorganisationen zusammen. Dabei traten bei der Koordination und hinsichtlich der notwendigen technischen und fachlichen Fähigkeiten Probleme auf. Der Erfolg von komplexen kartographischen Vorhaben setzt eine gewisse Koordination und damit das Festlegen von gewissen Regeln und Strukturen durch ein Führungsorgan voraus. Solche Bemühungen um Top-down-Strukturen können zu Spannungen mit dem von Freiwilligkeit und Aktivismus geprägten Entstehungskontext von Kartographie-Projekten führen. Gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass immaterielle Entschädigungen für die Beteiligten genügen, je komplizierter und zeitintensiver solche Projekte sind.

Krisenkarten sind nie uneingeschränkt zuverlässig. Dennoch ist ihr Einsatz aus der Sicht westlicher Regierungen in humanitären Notlagen oder bei kleineren Katastrophen in der westlichen Welt relativ unumstritten. Krisenkarten dienen hier vor allem der horizontalen Information. Bisher stellen sie keine Behinderung oder Herausforderung der staatlichen Kommunikation und Krisenreaktion dar. In anderen regionalen Kontexten existieren grössere Bedenken gegenüber einem möglichen Missbrauch von Krisenkarten durch staatliche Stellen oder nichtstaatliche Akteure. So wird beispielsweise auf die Gefahr verwiesen, dass das Instrument der Krisenkartographie auch verwendet werden kann, um politische Dissidenten zu erfassen.

Die Rolle des Staates

Die Krisenkartographie ist einerseits als Phänomen Ausdruck von gesellschaftlicher Resilienz, andererseits kann sie als Instrument wiederum zur Resilienz von Gemeinschaften beitragen. Staaten sollten deshalb mehr Ressourcen investieren, um das Verständnis darüber zu erhöhen, wie die Krisenkartographie Menschen und Institutionen helfen kann, kollektiv zur Prävention und Bewältigung von Krisen beizutragen.

Krisenkartographie beeinflusst die staatliche Krisenkommunikation. Die heutige Informations- und Kommunikationslandschaft und die zahlreichen involvierten Akteure verlangen nach Transparenz. Regierungen können nicht mehr mit hergebrachten Formeln der Krisenkommunikation operieren, bei denen Information im Krisenfall nur hierarchisch verteilt und ausgewählten Akteuren zugänglich gemacht wird. Das Phänomen der Krisenkar-

tographie kann Regierungen für diesen Paradigmenwechsel sensibilisieren und ihnen gleichzeitig als Orientierungshilfe dienen. Im Minimum sollten die Vorgaben für die Krisenkommunikation so angepasst werden, dass man auf Krisenkarten reagieren kann, wenn sie in den eigenen Zuständigkeitsbereich fallen.

Wenn man Krisenkarten als Instrumente auffasst, können sie von Staaten und Gemeinschaften eingesetzt werden, um die Lageanalyse in Krisensituationen zu verbessern und Hilfsmaßnahmen zu koordinieren und zu optimieren. Dabei sollten Regierungen den Bottom-up-Charakter der Krisenkartographie respektieren. Anstatt sich den Prozess anzueignen, sollten staatliche Akteure besser die optimalen Voraussetzungen für den Erfolg von Krisenkartographie schaffen. Dies könnte durch die Übernahme von Koordinationsleistungen, durch die Schaffung von Anreizen oder durch den Aufbau von günstigen Rahmenbedingungen für die Organisation von Netzwerken geschehen. Regierungen würden so die Rolle einer Meta-Regelungsinstanz übernehmen.

Von diesem limitierten Rollenverständnis ausgehend, können Staaten praktisch vier Dinge tun, um zur Bewältigung der obenbeschriebenen Herausforderungen der Krisenkartographie beizutragen: Sie können erstens in Krisensituationen – wie dies ohnehin oft geschieht – zerstörte Datenübertragungswege möglichst schnell wiederherstellen. Zweitens sollten sie die Bereitschaft der Menschen zum freien Informationsaustausch fördern. Drittens können sie Krisenkartographie-Projekten eigene Informationen zur Verfügung stellen. Und viertens können sie finanzielle Anreize schaffen, um die Entstehung solcher Initiativen anzustossen.

! Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

! Fachexpertinnen für diese Analyse:
Myriam Dunn Cavelty
dunn@sipo.gess.ethz.ch
Jennifer Giroux
giroux@sipo.gess.ethz.ch

! Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf ausenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft zwischen russischem Einfluss und Westorientierung
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten
- Nr. 49: Der Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg
- Nr. 48: Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 47: Pakistan: Sicherheitspartner, Atommacht, Krisenherd
- Nr. 46: Frankreichs Weissbuch: Eine neue umfassende Sicherheitsstrategie
- Nr. 45: Wachsende Bedeutung ziviler Akteure in Gewaltkonflikten
- Nr. 44: Schweizer Aussenpolitik: Wandel und Klärungsbedarf